„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal — 1835-1837 Halifax Strasse, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.:
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Sprache und berufliche Fähigkeit

Wir haben die Sprachenfrage im „Courier" schon von verschiedenen Seiten beleuchtet, aber noch nie auf einen bedauerlichen Umstand hingewiesen, der so manche tüchtigen und tatkräftigen Männer von Canada fernhält. Wir denken da in erster Linie an deutsche Aerzte und Apotheker. Diese haben deutsche oder österreichische Universitäten besucht, ihre Prüfungen dort mit Erfolg bestanden und verfügen infolgedessen über eine berufliche Eignung, wie sie die besten amerikanischen oder canadischen Universitäten niemals verschaffen können.

Ist es vielleicht ein Zufall, daß canadische oder amerikanische Aerzte, die von ernstem Streben nach gründlicher Fachbildung beseelt sind, sogenannte Postgraduierten-Kurse an den Universitäten von Berlin, Wien, München, Würzburg usw. mitmachen? Sie suchen mitnin das, was sie auf dem amerikanischen Kontinent gelernt haben, durch kostspielige Studienreisen nach Mitteleuropa zu vervollständigen, zu vervollkommnen. Sie besuchen deutsche Kliniken und Hospitäler und sprechen nach ihrer Rückkehr voll ehrlicher Bewunderung von der vorzüglichen Ausbildung des Pflegepersonals, von den staunenswerten Leistungen der deutschen Ärzte und Professoren, von den mit größtem Geschick vorgenommenen Operationen und von der erfolgreichen Behandlung innerer Krankheiten. Das allein dürfte doch Beweis genug sein, daß die medizinische Wissenschaft in Deutschland und Oesterreich auf einer ganz beträchtlichen Höhe steht. Kommen aber deutsche Aerzte nach Canada, um sich hier in deutschen Distrikten niederzulassen, wo sie infolge Kenntnis der deutschen Sprache den Kranken weit besser dienen könnten als anderssprachige Doktoren, so verlangt man von ihnen nochmals eigene Prüfungen in englischer oder französischer Sprache. Ist das nicht eine ganz unsinnige Bestimmung? Sollte das Zeugnis einer Berliner, Wiener oder Münchener Universität, sollte das Doktordiplom einer deutschen oder österreichischen medizinischen Fakultät, sollte der Nachweis ärztlicher Praxis in einer berühmten deutschen Klinik nicht hinreichend sein, um die volle Befähigung für die Ausübung des Berufs auch in Canada zu gewährleisten? Aber selbst wenn man aus gewissen, wohl verständlichen Gründen eine nochmalige Prüfung auf canadischem Boden verlangen wollte, sollte doch die Sprache kein Hindernis bilden.

Hier haben wir ein eklatantes Beispiel dafür, wie lächerlich es in den Augen eines jeden Menschen mit gesundem Verstand wirken muß, wenn man in der Sprachenfrage einen zu engherzigen und kleinlichen Standpunkt einnimmt. Oder will jemand behaupten, ein Arzt, der deutsch, ungarisch oder sogar chinesisch spricht, könnte nicht ebenso tüchtig und fähig sein wie ein anderer, der vielleicht nur die englische Sprache beherrscht? Die Unkenntnis einer Sprache stellt in der medizinischen Wissenschaft absolut kein Hindernis dar, wenn der Arzt sich nur hinreichend mit seinen Patienten verständigen kann. Welch großer Fortschritt wäre es für unsere deutschen Distrikte im Westen, wenn sie deutsche Aerzte hätten, zu denen sie ein weit größeres Vertrauen hegen würden als zu jenen, bei denen sie sich in englischer Sprache nur unvollständig über ihren Gesundheitszustand aussprechen können.

Hier liegt eine Frage vor, die unser aller Aufmerksamkeit erfordert. Wir sollten diese wichtige Frage in Zukunft allen Ernstes durchdenken und auch, soweit möglich, zur öffentlichen Diskussion bringen, namentlich aber bei maßgebenden Stellen auf eine alsbaldige Aenderung der jetzigen unsinnigen Bestimmungen über die Zulassung von fremdsprachigen Aerzten hinwirken.

Wien begrüßt die amerikanischen Flieger.

Bei strömendem Regen sind am 19. Juni, abends 7:25, Clarence D. Chamberlin und Charles A. Levine in dem Bellanca-Flugzeug „Columbia" am Aspern-Flugfeld bei Wien gelandet. Die Flieger waren von mehreren Flugzeugen der Luftbanfa begleitet. In einer dieser Eskortmaschinen befanden sich die Gattinnen der amerikanischen Flieger.

Die Flieger mit ihrer Eskorte hatten Berlin am Morgen verlassen und waren um 3:35 nachmittags in München angelangt, von wo sie nach kurzem Aufenthalt den Flug nach Wien fortsetzten. Trotz des regnerischen Wetters hatten sich am Flugfeld viele tausende Leute eingefunden, die den amerikanischen Fliegern ein stürmisches Willkommen bereiteten.

Innerhalb des für das Publikum abgesperrten Raumes am Flugfeld, in dem die Flugzeuge landeten, wurden die Flieger von vielen hohen Würdenträgern der österreichischen Bundesregierung, von Vertretern der Stadt Wien und von dem ganzen Stab der österreichischen Armee erwartet und herzlichst begrüßt.

Chamberlin, der, als er das Flugzeug verließ, laut ausrief: „Guten Tag, Wien!", wurde von einigen begeisterten Leuten auf die Schultern gehoben und nach der Tribüne getragen, wo ihn Minister der Bundesregierung willkommen hießen. Das Flugzeug mit den Frauen der Flieger landete einige Minuten später und den Frauen wurden viele Blumensträuße überreicht.

Während der ganzen offiziellen Bewillkommnungszeremonie dauerten die Hoch- und Hurrarufe der Menge fort und als die Flieger schließlich den Kraftwagen bestiegen, der sie in die Stadt bringen sollte, wurde der Polizeikordon durchbrochen, der Wagen von den Menschenmassen umringt und es folgte eine solche begeisterte Kundgebung für die amerikanischen Flieger, wie sie in Wien selten erlebt wurde. Die Ordnung war von der Polizei bald wieder hergestellt und von berittenen Polizisten mit gezogenem Säbel eskortiert, fuhr der Kraftwagen mit den Fliegern und ihren Frauen unter enthusiastischen Zurufen der Wiener rund um das Flugfeld. Dann begaben sich die Flieger nach dem Hotel Imperial, wo für sie von der Regierung Räumlichkeiten reserviert wurden.

Eine nicht minder stürmische Begrüßung war den Fliegern bei ihrem kaum einstündigen Aufenthalt in München zuteil geworden. Am Flugfeld wurden die Polizisten von der Menschenmenge überrannt, die die Amerikaner in ungestümer Weise willkommen hieß, bevor die offiziellen Empfangskomitees und Abordnungen sie begrüßen konnten. Sie fuhren dann nach dem Rathaus, wo unter Führung des Oberbürgermeisters der offizielle Empfang stattfand, bei dem Vertreter der bayerischen Regierung und der amerikanische Konsul zugegen waren.

Chamberlin und Levine übergaben, bevor sie den deutschen Boden verließen, den Pressevertretern eine Danksagungsproklamation zur Veröffentlichung. Die Flieger geben darin der Hoffnung Ausdruck, daß ihr Flug die Herzen der deutschen und der amerikanischen Nation einander näher brachte. Die Erklärung schließt mit den Worten:

„Möge der Tag nicht fern sein, wenn wir einen deutschen Luftbezwinger des Ozeans in Amerika begrüßen können, damit der Traum von uns allen, ein Luftverkehr zwischen Amerika und Europa, bald verwirklicht werde."

Von Wien aus wollen Chamberlin und Levine im Flugzeug Prag, Budapest, Warschau, Zürich und Paris einen Besuch abstatten. Sie hoffen, Paris am 4. Juli zu erreichen. Nach ihren jetzigen Plänen gedenken die Flieger am 12. Juli an Bord der „Leviathan" die Rückreise nach den Vereinigten Staaten anzutreten. Ihr Flugzeug werden sie auf demselben Dampfer mitnehmen.

Die unsinnigen Friedensverträge

In einem von der Londoner „Daily Mail" veröffentlichten Artikel aus der Feder des Lord Rothermere, des Besitzers dieser Zeitung, appelliert der Verfasser an die alliierten Mächte um Revision des Friedensvertrags von Trianon, durch den Ungarn zerstückelt wurde. Lord Rothermere fordert die internationalen Bankiers von London und New York auf, in dieser Angelegenheit ihren mächtigen Einfluß im Interesse des Friedens geltend zu machen.

Lord Rothermere schildert in dem Artikel die Eindrücke, die er auf einer Reise durch Mittel- und Südosteuropa gewonnen und erklärt, daß die Friedensverträge, die die österreichisch-ungarische Monarchie aufteilten, naturwidrige Wirtschaftsgrenzen geschaffen haben, deren Ungerechtigkeit eine stetige Gefahr für den Frieden Europas bilde. Nur dem Umstand, daß Ungarn die Vertragsbestimmungen getreulich beachte, obwohl es gegen ihre Unvollständigkeit protestiert, sei es zu verdanken, daß die Lage nicht schlimmer sei. Durch den Frieden von Trianon seien zwei Millionen Ungarn unter die Herrschaft von Nachbarstaaten gekommen und diesen Leuten sollte billigerweise durch Urabstimmung Gelegenheit gegeben werden, über ihre Staatszugehörigkeit selbst zu entscheiden.

Lord Rothermere schreibt, daß Rumänien, die Tschechoslowakei und Jugoslawien für ihren nationalen Fortschritt zum größten Teil auf ausländischen Kredit angewiesen und der Stagnation, wenn nicht dem Zerfall ausgesetzt seien, wenn sie nicht imstande sein würden, die Finanzhäuser von London und New York zu überzeugen, daß die ihnen gewährten Anleihen durch keine Grenzstreitfragen gefährdet werden.

Weltumschau

Deutschland.

Die deutsche Presse beurteilt allgemein die in Genf abgehaltene Tagung des Völkerundrats als einen neuen Fortschritt des Völkerbunds. Die Zeitungen erklären, die überaus rege Tagung der Ratssitzung habe Deutschland mit leeren Händen zurückgelassen und Reichsaußenminister Dr. Stresemann kehre heim, ohne eine bestimmte Zusage für Verminderung der Besatzungstruppen im Rheinland erwirkt zu haben. Wenig Glauben finde in amtlichen Kreisen die Genfer Nachricht, daß der britische Außenminister Chamberlain im Laufe der Besprechungen von Stresemann Erkundigungen über die Frage einzog, ob Deutschland den Durchzug von Ententetruppen durch das Reichsgebiet im Falle eines russisch-polnischen Konflikts gestatten würde. Besonders der Teil jener Nachricht, daß Stresemann versprochen habe, die Frage dem Reichspräsidenten von Hindenburg vorzulegen, wird als eine offensichtliche Erfindung bezeichnet. Wie hervorgehoben wird, hat der Reichspräsident keine Vollmacht, eine derartige Angelegenheit zu entscheiden. Auch sei Deutschlands Stellung durch die Locarno-Abmachung gesichert, sowie durch den Artikel 16 der Völkerbundsatzung, der sich auf die Pflichten von Ligamitgliedern im Kriegsfalle bezieht.

Nach einer Konferenz mit Präsident von Hindenburg über die Völkerbundrat-Tagung unterbreitete Außenminister Dr. Gustav Stresemann einen längeren Bericht, dem sich eine Erörterung über die auswärtige durch die Genfer Konferenz geschaffene Lage anschloß. Nach Anhörung des Berichts billigte das Kabinett die Stellungnahme der deutschen Abordnung auf der Genfer Tagung, obgleich einige Minister es bedauerten, daß nichts Endgültiges in den Angelegenheiten erreicht worden sei, die das Reich auf das vitalste berühren.

Wenn die politische Debatte über auswärtige Angelegenheiten im Reichstag beginnt, wird Dr. Stresemann voraussichtlich von seinen Gegnern wegen der von ihnen als „Genfer Fiasko" bezeichneten Lage scharf kritisiert werden. Außerdem hat die in Luneville gehaltene Rede des französischen Premiers Poincaré, in der er Deutschland wieder einmal der Verfehlung in Erfüllung seiner Verpflichtungen bezichtete, Wasser auf die Mühle der Nationalisten geliefert, deren Presse die Rede als einen schlüssigen Beweis dafür brandmarkt, daß „der Geist von Locarno tot sei, soweit Frankreich in Frage kommt", und hinzufügt, Briand habe die Führerschaft in den auswärtigen Angelegenheiten an Poincaré abgetreten, der unentwegt den ewigen Haß gegen Deutschland predige. Die sozialistischen und demokratischen Blätter beklagen gleichfalls Poincarés Rede, die, wie sie sagen, nur neue deutsch-französische Entfremdung herbeiführen müßte.

Durch die Aufmerksamkeit der pfälzischen Gendarmerie und Polizei ist es in letzter Zeit gelungen, das Treiben der Werber für die Fremdenlegion an der Grenze des besetzten Gebietes stark zu unterbinden. Bei der scharfen Grenzbeobachtung wurden kürzlich wieder fünf Angeworbene festgehalten, die, wie sie aussagten, durch einen gewissen Bauer in Mainz zum Dienste in der Legion verpflichtet worden waren. Die Ermittlungen ergaben nach mühevoller Arbeit, daß in Mainz ein ganzes Nest von Legionswerbern zusammensaß, das auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft ausgehoben werden konnte. Die traurigen Gesellen sind zum Teil ehemalige Fremdenlegionäre, die dann als Werber in französischen Dienst traten. Die Verhafteten wohnten seit mehreren Wochen zusammen in der Kaserne „Gallieni" der französischen Besatzung, wo sie auch Verpflegung erhielten. Gegen sie wurde Anklage wegen Werbung, Diebstahl und Nötigung erhoben. Es wurde festgestellt, daß die Verhafteten in mehreren Fällen den von ihnen angeworbenen jungen Leuten Kleidungsstücke und Schuhwerk abnahmen, weil sie diese „ja doch nicht mehr brauchten". Die Verhafteten befinden sich in deutscher Untersuchungshaft in Mainz.

Oesterreich.

Präsident Hainisch verlieh Clarence D. Chamberlin und Charles A. Levine in Anerkennung ihres transatlantischen Fluges von New York nach Deutschland den höchsten Verdienstorden des Landes, das „goldene Ehrenzeichen der Republik." Die amerikanischen Flieger wurden auch von Kanzler Seipel empfangen. Eine militärische Ehrenwache begleitete die Flieger durch die österreichische Hauptstadt, während große Volksmengen sich vor ihrem Hotel versammelten, um sie zu Gesicht zu bekommen.

Schweiz.

Es sind Anzeichen vorhanden, daß die Mandatskommission des Völkerbunds, die in Genf in Sitzung trat, über die Frage abstimmen wird, Deutschland einen Sitz in der Kommission zu geben. Falls Deutschland in die Kommission aufgenommen wird, wird es in der Verwaltung seiner früheren Kolonien mitreden können. Man sagt, daß der Ligarat und die Vollversammlung diese Maßnahme gutheißen werden, welche als der erste tatsächliche Schritt von seiten Deutschlands angesehen wird, etwas von seinen verlorenen Kolonien zurückzuerlangen.

Die Dreimächtekonferenz zwischen England, Japan und den Vereinigten Staaten über die Abrüstungsfragen der Seestreitkräfte, die im Sitzungssaal des Völkerbundes abgehalten wird, verfolgt den Zweck, das im Jahre 1921 in Washington begonnene Werk der Einschränkung der Flottenrüstungen zu vollenden. Das im Jahre 1922 unterzeichnete Abkommen setzte vor allem das Stärkeverhältnis der Schlachtflotten der Vereinigten Staaten, Englands, Japans, Frankreichs und Italiens auf 5:5:3:1.75:1.75 fest, und die Gesamttonnage der Schlachtflotten der Vertragsmächte: für die Ver. Staaten auf 525,000, für England auf 525,000, für Japan auf 315,000, für Frankreich und Italien auf je 175,000 Tonnen. In späteren Jahren haben Frankreich und Italien kritisiert, daß ihnen für ihre Schlachtflotten eine so geringe Hochtonnage zuerkannt wurde und die Franzosen haben seither erklärt, daß sie ein ähnliches Stärkeverhältnis für die Hilfskriegsschiffe, die Zerstörer und U-Boote, nie anerkennen würden. Die neue Konferenz wird sich hauptsächlich mit der Frage der Rüstungsbegrenzung der letztgenannten Klassen von Kriegsschiffen befassen.

Der erste Tag der Dreimächte-Konferenz förderte drei verschiedene Pläne zu Tage. Die Vereinigten Staaten wollen das im Washingtoner Flottenabkommen festgesetzte Stärkeverhältnis von 5:5:3 für Großkampfschiffe der amerikanischen, britischen und japanischen Flotte auf die Kreuzer, Zerstörer und Unterseeboote ausdehnen. Großbritannien hingegen möchte die Gesamttonnage der Großkampfschiffe weiter beschränken, ihr Deplacement und die Kalibergröße ihrer Bestückung, wie auch jene der Kreuzer reduzieren und das Stärkeverhältnis von 5:5:3 auch auf die Kreuzer anwenden; der Hilfskriegsschiffe wird in dem Plan keine Erwähnung getan. Japan endlich schlägt vor, den jetzigen Stand der Kriegsflotten unverändert zu belassen, einen „Flottenbau"-Feiertag von einer zu vereinbarenden Dauer zu proklamieren und den Bau von Großkampfschiffen überhaupt einzustellen.

Italien.

Daß der Posten des italienischen Botschafters für Belgien, der in Kürze frei wird, vorläufig nicht besetzt wird, und zwar wegen der angeblich feindlichen Haltung des belgischen Auslandsministers Vandervelde Italien gegenüber, wurde in Erfahrung gebracht. Marquis Negrotto de Cambiano, der gegenwärtige Botschafter in Belgien, wird Brüssel in wenigen Tagen verlassen, um als Mitglied der Schuldenkommission nach Aegypten zu gehen. Sein Nachfolger wird jetzt nicht ernannt werden.

Frankreich.

Ministerpräsident Poincaré sagte in einer bei der Einweihung eines Kriegerdenkmals in Luneville gehaltenen Rede, daß Deutschland allein daran schuld sei, wenn man ihm in Frankreich Mißtrauen entgegenbringe. Frankreich habe seine Hand stets dem bereiten Feind entgegengereckt. Es habe in Genf und in Locarno seinen Wunsch nach Frieden klar dargetan und verlange nur Sicherheit für seine Grenzen und die Wiedergutmachung des Kriegsschadens. Nachdem er Deutschland vorgeworfen hatte, daß es unlängst ein den Namen „Elsaß" tragendes Kriegsschiff auf einer Kreuzungsfahrt bis nach Lissabon schickte, daß einige deutsche Minister öffentlich erklärten, daß Deutschland auf keine seiner früheren Kolonien Verzicht leiste, daß ferner deutsche Finanzautoritäten eine Revision des Dawesplanes verlangen und die bevorstehende Einstellung der Zahlungen in Aussicht stellen, fuhr Poincaré fort: „Wenn Deutschland aufrichtig auf Elsaß-Lothringen verzichten würde, wenn es einwilligen würde, seine Polizei zu reorganisieren, alle militärischen Verbände aufzulösen und die Zerstörung verbotener Festungsbauten zu vollenden, dann würde es der Welt ein Friedensgelöbnis geben und eine Versöhnung erleichtern, die zu wünschen die Franzosen nicht die letzten sind. Frankreich ist durchaus nicht von Rachegefühlen beseelt und wünscht enge Beziehungen mit seinen Nachbarn. Es hat niemals etwas anderes als Frieden verlangt, es verlangt heute nichts anderes und wird auch morgen nichts anderes verlangen."

Belgien.

Ein deutscher Farman-Eindecker für Touristen, der von Lusser gesteuert wurde, gewann den internationalen Rekord auf dem Brüsseler Everett-Feld. König Albert beglückwünschte den Piloten zu seiner Glanzleistung und besichtigte seine Maschine. Seit dem Kriege war Deutschland zum ersten Male bei einem Sport-Wettbewerb in Belgien vertreten.

Großbritannien.

Das am 5. Juni in Kraft getretene französische Einfuhrverbot für britische Kohlen hat die ohnehin schwierige Lage der britischen Kohlenindustrie noch weiter verschlechtert. Nach der Verfügung der französischen Regierung kann britische Kohle künftighin nur noch besonderer Erlaubnis nach Frankreich eingeführt werden. Auf Ersuchen der Grubenbesitzer hat sich die britische Regierung mit der französischen ins Einvernehmen gesetzt, um eine Milderung der Durchführung der neuen Verordnung herbeizuführen. Im äußersten Fall möchte man verhindern, daß die bestehenden, ziemlich umfangreichen Kontrakte infolge des Verbotes für ungültig erklärt werden. Ein Teil der Presse wirft den britischen Kohlenindustriellen vor, daß sie anstatt nach dem vorjährigen Ausstand mit ihren ausländischen Wettbewerbern eine Verständigung zu suchen, einen rücksichtslosen Wettbewerb mit dem Ausland getrieben und dadurch die Preise bis zur Unrentabilität herabgedrückt haben. Die übliche Stille zur Sommerzeit tut das heurige, um den Markt völlig niederzuhalten, zu machen. Die schlechte Lage des Kohlenmarktes hat bereits zur Einlegung von Feierschichten und zu Arbeiterentlassungen geführt. Die Unternehmer lassen jetzt bekannt werden, daß sie die beim Abbruch des Ausstandes gewährten Löhne nicht mehr lange werden aufrechterhalten können. Man erwartet daher binnen der nächsten Monate eine neue Krise, zumal die Stimmung unter den Bergleuten noch ihrer letzten Niederlage sowieso noch sehr erbittert ist. Unter der Arbeiterschaft macht sich der Einfluß der radikalen Führer immer mehr geltend und kürzlich wurde der gemäßigte Sekretär des Internationalen Bergarbeiterverbandes, Hodges, zum Rücktritt genötigt. Bezeichnend ist auch, daß der britische Bergarbeiterbund, der anfangs dieses Monats zum ersten Mal seit dem Ausstand wieder eine Konferenz abhielt, sich für die Verstaatlichung der Bodenschätze ohne Entschädigung an die jetzigen Besitzer, also für glatte Konfiskation, erklärte.

Norwegen.

Dr. Gustav Stresemann, der deutsche Außenminister, hat dem Nobelpreis-Komitee seine Bereitschaft ausgesprochen, die Ansprache beim Nobeltage am 29. Juni zu halten.

Schweden.

Direkte Telephonverbindung zwischen Stockholm und Paris wurde soeben eröffnet. Die Entfernung beträgt 706 Meilen und die neue Linie ist die längste in Europa. Schweden hat auch direkte telephonische Verbindung mit anderen entfernten Städten, wie London, Wien und Bern.

Rußland.

Einstimmig veröffentlicht die Presse Leitaufsätze über die von den Blättern der westlichen Bourgeoisie ausgedrückte Entrüstung über die jüngsten Hinrichtungen, indem sie Beispiele anführt, die zeigen sollen, daß die westlichen Nationen zwar zu gleichen Vergeltungsmaßregeln greifen, aber nunmehr ihren Abscheu über die notwendigen Maßregeln der Selbsterhaltung zu denen die Sowjet-Regierung griff, ausdrückten. „Izwestia" erklärt, daß, hätten die Arbeiter und Bauern es unterlassen, einen offenen und direkten Gegenschlag zu führen, sie die Gewalttätigkeit ihrer Feinde ermutigt haben würden. Das Arbeiterblatt „Rabotschaja Gaz." sagt, die gefährlichsten Spione seien gefaßt worden, aber leider seien noch so viele in Freiheit. „Prawda" führt Zahlen an, die zeigen sollen, daß Vergeltungsmaßregeln, die Gefangenen gegenüber in Bulgarien, England, den Ver. Staaten, China, Polen und Rumänien angewandt wurden, die Unterdrückungsmaßregeln der Sowjets weit überträfen.

Mehr amerikanische Touristen als aus jedem anderen Land besuchten voriges Jahr Rußland. An zweiter Stelle stand Japan, dann folgen England, Deutschland und Tschecho-Slowakien.

Die Sowjetregierung beutzt so viele wundervolle Edelsteine, daß sie sie nicht loswerden kann. Die Kronjuwelen der Zarenfamilie werden auf wenigstens eine Viertelmilliarde Dollars bewertet, aber soweit die Regierung in Betracht kommt, sind sie nichts wert; denn sie kosten so viel, daß niemand sie kaufen kann. Dabei ist die Regierung, die diese Schätze besitzt, in Geldnot. Tag und Nacht zerbricht sich das Finanzkommissariat der Sowjets den Kopf darüber, woher es die Geldmittel, die der Staat braucht, besorgen soll, während Diamanten, Smaragde, Saphire und Perlen von unschätzbarem Wert ungenützt daliegen. Könnte die Regierung auch nur den berühmten Orloff, der die Spitze des russischen Szepters bildet, verkaufen, so wäre ihr schon geholfen; denn der Diamant ist so groß wie ein Ei, hat die Form eines Eies, ist fleckenlos und sollte viele Millionen bringen, aber niemand will ihn haben. Selbst amerikanische Milliardäre schrecken vor seinem Preise zurück. Er wurde Katharina der Großen von einem Höfling geschenkt. Ein anderer Diamant ist etwa halb so groß wie eine Zündholzschachtel, allein leider auch unerschwinglich. Auf der Spitze der kaiserlichen Krone sitzt ein kleiner Hügel aus Diamanten als Unterlage für einen wundervollen Rubin, der für 20 Millionen Dollars billig wäre, aber wer hat heutzutage 20 Millionen dafür übrig? Die Krone selber besteht ganz und gar aus den schönsten Diamanten. Sie ist so groß, wie ein steifer Hut und wird auf 75 Millionen Dollars abgeschätzt. Eine andere kostbare Rarität ist ein Armband des wahnsinnigen Zaren Paul, in das eine 2 Zoll große Spiegelscheibe aus einem einzigen Diamanten eingebettet ist. Der Wert dieser Juwelerei übersteigt alle Begriffe. Ferner enthält der Kronschatz wahrscheinlich den größten und schönsten Saphir der Erde, tiefblau wie der Nachthimmel, von Diamanten umgeben. Die Sowjetregierung wäre froh, wenn ihr jemand für den Edelstein Ackerbaumaschinen im Werte von 11 Millionen Dollars gäbe. Ein anderes Prunkstück der Edelsteinsammlung ist ein fehlerloser Smaragd von herrlich grüner Farbe, dessen Wert auf 7 Millionen Dollars berechnet wird. Alle diese wundervollen Schätze liegen ungenützt da und müssen Tag und Nacht bewacht werden, denn wenn sie auch niemand kaufen kann, würden sie doch bald genug gestohlen werden.

Völkerbund.

Die 45. Session des Völkerbundes wurde am 17. Juni durch Annahme eines Vertagungsantrages beendet. Die Beendigung der Völkerbundrat-Tagung war diesmal von einem Gefühl des Unbehagens begleitet, das durch die unverhohlene Erbitterung der deutschen Delegation über die Nichterlangung bestimmter Zusagen bezüglich der Räumung des Rheinlands erzeugt wurde. Dazu kamen Befürchtungen bezüglich der Beziehungen zwischen Rußland und Polen, an denen Frankreich als geschworener Bundesgenosse Polens den lebhaftesten Anteil nimmt. Was das Rheinland betrifft, hörte man, daß Marschall Foch gegen irgendwelche Verminderung der Zahl der Besatzungstruppen ist, bis Deutschland „die militärischen Bestimmungen des Vertrags von Versailles dem Buchstaben und dem Geiste nach erfüllt haben werde."

Was Rußland angeht, wurde die Ansicht geäußert, daß er bei dem gegenwärtigen Stand seiner Armee wohl keinen Krieg beginnen könne, aber da Rußland nicht zum Völkerbund gehört und den Ligapakt nicht innezuhalten brauche, gab es Gerede darüber, wie der Ligapakt durchzuführen sei, im Falle der als unwahrscheinlich hingestellten Eventualität, daß es zwischen Rußland und Polen zum Bruch kommen sollte, und man wollte Bestimmtes darüber erfahren, ob Deutschland Truppen der Franzosen den Durchzug nach Polen gestatten würde. Deutschland stellte sich auf den Standpunkt, daß sein Zustand völliger Entwaffnung ihm nicht gestatte, das Risiko von Verwicklungen mit Rußland auf sich zu nehmen.

Wie der Wortführer der deutschen Delegation erklärte, haben die Vertreter der Locarnopakt-Mächte — Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Belgien und Italien — bei ihren Besprechungen drei Beschlüsse zur Wahrung des Friedens in der gegenwärtigen verworrenen Lage gefaßt:

1) Der russischen wie der polnischen Regierung individuelle freundschaftliche Vorhaltungen zu machen, daß sie nichts tun mögen, was den Frieden zwischen ihren beiden Ländern gefährden könnte.

2) Daß die Mächte der Sowjetregierung individuelle Vorhaltungen wegen der Massenhinrichtungen in Rußland machen und dabei darauf hinweisen sollen, daß diese Hinrichtungen im Ausland einen ungünstigen Eindruck erwecken.

3) Südslawien und Albanien eine versöhnliche Haltung und freundschaftliche Beilegung des Zwischenfalls der Verhaftung der südslawischen Gesandtschaftsdragomans anzuraten, welche den Abbruch ihrer diplomatischen Beziehungen im Gefolge hatte.

Der Wortführer der deutschen Delegation stellte in Abrede, daß der britische Außenminister Chamberlain den deutschen Außenminister Dr. Stresemann darüber sondiert habe, ob im Falle eines gegen Polen gerichteten Angriffs Rußlands französische Truppen durch deutsches Gebiet hindurchgelassen werden würden. Er sagte, Deutschland machen seine Beziehungen zu Frankreich viel schwerere Sorgen als die russisch-polnische Lage, die nicht gefährlich sei. Die Deutschen träten schwer enttäuscht die Heimreise nach Berlin an, weil sie bezüglich der Verminderung der französischen Besatzungstruppen im Rheinland nur ganz unbestimmte Versprechungen erhalten hätten, die Berliner Regierung aber mehr erbeten als Versprechungen. Die Bevölkerung des Rheinlands würde über die weitere Anwesenheit einer fremden Armee auf ihrem Gebiet außer sich geraten. Daher seien die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland viel eifler als diejenigen zwischen Rußland und Polen. Die Franzosen hätten nebensächliche Fragen bezüglich der Erfüllung von Vertragsbestimmungen aufgeworfen, wie die Umwandlung von Militärkasernen und die Forderung, daß die preußische Polizei ihres militärischen Charakters entkleidet werden solle. Deutschland, sagte er, sei bereit, die Kasernen baldmöglichst umzuwandeln oder zu verkaufen, und eine Vorlage, die den Status der Polizei bestimme, liege bereits dem Reichstag vor. Es sei den Franzosen der Vorschlag gemacht worden, einen amerikanischen Offizier die Schleifung der deutschen Ostbefestigungen feststellen zu lassen, aber die Franzosen hätten die Anregung abgelehnt, und die Deutschen würden im Geist von Locarno einen französischen Offizier für die Inaugenscheinnahme der Schleifungen akzeptieren. Unter solchen Umständen würde aber der Zeitpunkt recht schlecht gewählt sein, die Frage der Benutzung deutschen Gebiets für den Durchzug französischer Truppen nach Rußland aufzuwerfen, für den Fall möglicher, aber unwahrscheinlicher Feindseligkeiten zwischen Rußland und Polen. Der Durchzug würde bedeuten, daß Deutschland von französischen Truppen überrannt und in die nämliche Lage gebracht werden würde, wie Belgien während des Weltkriegs.

Ungeschlichtet ist in der Ligaratstagung der Streit zwischen Stresemann und Chamberlain über die Privilegien der Freien Stadt Danzig geblieben, wobei es sich hauptsächlich um die Frage handelte, ob es den Polen gestattet werden soll, in Danzig ein Munitionsdepot zu unterhalten. Die Bürger der Stadt haben sich energisch dagegen verwahrt, mit der Begründung, daß ein solches Depot eine ständige Gefahr für die Bewohner bedeuten würde. Die Entscheidung der Frage wurde bis zur nächsten Völkerbundratstagung verschoben. Der chilenische Delegat, Villagos, soll mittlerweile die Angelegenheit weiter untersuchen und darüber Bericht erstatten.

Amerikaner über deutsche Flugleistungen.

„Ohne Zweifel steht Deutschland im Flugwesen an führender Stelle. Jedenfalls ist es den Vereinigten Staaten weit voraus. Das deutsche System ist 100 Prozent perfekt und arbeitet 100 Prozent korrekt." So erklärte der Mayor von Detroit, John W. Smith, bei seiner Ankunft mit dem Norddeutschen Lloyddampfer „Sierra Ventana" in New York.

„Ich bin an verschiedenen Tagen in Deutschland bis zu 1000 Meilen geflogen, habe nie einen Unfall und sehr, sehr selten ein Zuspätkommen erlebt. Deutschland ist im Flugwesen unbedingt auf der Höhe. Gewiß haben die Unterstützungsgelder der Regierung viel dazu beigetragen, dennoch bleibt der Aufschwung auch auf diesem Gebiet erstaunlich. In jeder Beziehung ist das deutsche Passagierflugwesen — die Flugzeuge, die zahlreichen Flughäfen, die Zahl der Linien — Amerika weit voran. Wir können drüben viel lernen."

Mayor Smith weilte mehrere Wochen zur Erholung in Deutschland. Er berichtete ganz begeistert von einem Besuch bei Dr. Hugo Eckner, der ihn auf der beabsichtigten Luftschiffreise um die Welt als einen der Ehrenpassagiere mitnehmen will, und von einem Besuch beim deutschen Reichskanzler Dr. Marx, der ihn zum Frühstück geladen hatte. „Ich habe in meinem ganzen Leben keinen liebenswürdigeren und gastfreundlicheren Mann als Dr. Marx kennen gelernt," erzählte der Mayor. „Er ließ es sich nicht nehmen, mich selber durch Berlin zu führen und mir alles zu zeigen und zu erklären."

Im weitern Verlaufe der Unterhaltung erklärte der Mayor, daß er für Deutschland aufrichtige Bewunderung hege. Er pries Deutschland als Kulturträger und bemerkte: „Die Welt benötigt ein 100 Prozent leistungsfähiges Deutschland. Der Krieg ist vorüber. Es ist die traditionelle Politik der Vereinigten Staaten, jeder Politik zu opponieren, die die Entfaltung der vollen Leistungsfähigkeit einer Nation von der Bedeutung Deutschlands hemmt."

Sagen Sie es Ihren Freunden:
„Der Courier ist die führende deutsche Zeitung in Canada"!